

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 19 Oktober 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Wo stehen wir?

Die Linken an der Spitze des proletarischen Widerstandes

Im Zeichen des 20. Juli

Noch hat sich die deutsche Arbeiterklasse von der kmpflosen Niederlage des 20. Juli nicht erholt. Große und entscheidende Teile des Proletariats stehen heute noch unter dem lähmenden Eindruck der Ereignisse des 20. Juli, die in so klassischer Weise den elenden Bankrott des parlamentarisch-reformistischen Kampfes und die Ohnmacht der zentristischen Politik der KPD-Führung zeigten.

Neue Ereignisse, wie die Hunger-Notverordnung Papens, haben die Radikalisierung im Proletariat verstärkt, ohne aber die Rückwirkungen des 20. Juli völlig zu überwinden. Während im Dezember 1931, anlässlich der Brüningschen Lohnkürzung um 10 Prozent durch Notverordnungsdruck eine spontane, mächtige Massenbewegung in den Gewerkschaften für die Aufnahme des Kampfes entstand, die nur mühsam von den Reformisten niedergedrungen werden konnte, zeigten sich in den zwei Wochen, von der Rede Papens in Münster, in der er die neue Notverordnung skizzierte, bis zum 15. September, an dem diese Notverordnung in Kraft trat, kolossale so starke und stürmische Oppositionsstimmungen.

Stabilisiert sich die Konterrevolution?

Diese Tatsache ist in Anbetracht der unausbleiblichen Zersetzung, die kmpflosen Niederlagen stets folgt, für revolutionäre Marxisten nicht überraschend, noch bildet sie einen Grund, deprimiert zu sein. Die objektive Bedingungen für einen grandiosen revolutionären Aufschwung im Proletariat sind vorhanden. Der herrschende Flügel der Konterrevolution, die Militrktatur, kann sich nur infolge der Aktionsunfähigkeit des Proletariats halten. Wirkliche, reale Erfolge vermag sie dagegen nicht aufzuweisen; ihre Wirtschaftsprogramme werden die Krise nicht überwinden, noch werden sie die inneren Widersprüche im Lager der herrschenden Klassen mildern. Wir haben, als sich die Militrktatur am 29. Mai in den Sattel schwang, geschrieben:

„Nicht eine geeinte reaktionäre Masse steht dem deutschen Proletariat wie ein Wall gegenüber, sondern ein durch scharfe Interessenkonflikte in stärker innerer Spannung gehaltener „Interessentaufen“. Jeder Schritt der Militrktatur wird diese Gegensätze verschärfen, und es ist eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Verschärfung genau zu verfolgen und durch eine selbständige und aktive Klassenpolitik die arbeitenden und kleinstdlerischen Massen, die hinter den einzelnen Teilen der rufenden Interessengruppen stehen, ihrer Führung unterzuordnen.“ („Mahnruf“, No. 12, Juni 1932.)

Seither sind drei Monate vergangen. Prüfen wir, wo wir jetzt stehen.

Gesteigerte Gegensätze innerhalb der herrschenden Klassen

Mit der neuen Notverordnung, die die Wünsche des Monopolkapitals befriedigt, hat sich die Militrktatur die Gunst selbst der demokratisch gesinnten Teile der Bourgeoisie erkauft, doch hat sie gleichzeitig ihre eigene soziale Basis, den Großgrundbesitz und das Großbauerntum nicht befriedigt. Unter dem Druck dieser Schichten geht jetzt die Regierung zum Kontingentierungssystem über, um so den Innenmarkt für Lebensmittel völlig dem Preisdruck des Großgrundbesitzers auszuliefern. Das Monopolkapital, dessen Exportinteressen dadurch geführt werden, schlägt nun Alarm. Der Reichsverband der Industrie „warnt“ und das „Berliner Tageblatt“ schreibt in den Tönen beginnender Entrüstung:

Was wird aus der ganzen Notverordnung über die Führung der Wirtschaft, was aus der Einstellung von Arbeitskräften, wenn diese Pläne verwirklicht werden und das Ausland, eine selbstvorwndliche Folge, seinen Markt den deutschen Exportgütern verschließt? Nichts, gar nichts, wird aus dem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung, aus der Verminderung der Arbeitslosigkeit, nichts, und sogar noch weniger als nichts.“ („B.T.“ vom 25. September 1932.)

Die Pläne der Regierung sehen Einfuhrkontingente für zahlreiche Lebensmittel, insbesondere Speck, Schmalz, Schlachtfrnder, Käse, Butter, Obst und Gemuse vor. Das bedeutet eine schwerwiegende handelspolitische Umgruppierung, die die deutsche Industrie sehr bald bei dem Export nach Holland, den skandinavischen Staaten und auch am Balkan spüren wird. Die Einfuhrkontingente für Holz richten sich gegen die Sowjetunion, dem wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Industrie.

Diese Maßnahmen werden wohl die Gegensätze zwischen der Industrie und dem Großgrundbesitz verschärfen. Werden sie aber die deutsche Agrarkrise eindämmen und dadurch der Militrktatur gestatten, das Dorf politisch zu erobern?

Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die sinkenden Löhne werden bei jeder Erhöhung der hochwertigen Lebensmittel zu einem scharfen Sinken des Konsums führen. Die arbeitenden Massen werden nicht mehr für Schmalz zahlen können, sondern sie werden mehr Margarine essen, sie werden noch mehr vom Rindfleisch zum Gefllfleisch und Pflanzfleisch übergehen müssen. Wie bisher so wird die Krise der landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetriebe nicht überwunden werden, sondern weiterbestehen bleiben.

Weder die Industriekrise, noch die Agrarkrise wird durch die Wirtschaftspolitik der Militrktatur überwunden werden. Vergrößertes Masseneleid — das wird das einzige reale Ergebnis sein, wenn man von der Subventionierung durch Osthilfe in der Landwirtschaft, durch Steuergutscheine und Prämien in der Industrie absieht.

Der Bankrott in der Außenpolitik

Als die Konterrevolution die Herren Papen und Schleicher zur Macht emportrug, schrieben wir über die Außenpolitik der Militrktatur:

„Die großen „Staatsmänner“ aus Ostbelgien meinen wohl: zunächst mit französischer Hilfe Krieg führen gegen Sowjetrußland und dann die Waffen gegen das Versailler System kehren. Diese Außenpolitik trägt alle Zeichen des blanken Abenteuertums wilhelminischer Schule auf der Stirn: sie ist selbst vom Standpunkt der Notwendigkeiten des deutschen Imperialismus abenteuerrisch und trägt alle Keime einer außenpolitischen Katastrophe in sich.“ („M“, No. 13, Juni 1932.)

Seither ist ein Vierteljahr vergangen und die ersten Ergebnisse der Außenpolitik der Militrktatur sind sichtbar. Bereits in Lausanne wurde der Kurs auf Aufrüstung eingeschlagen und um dieses Ziel willen der Rückzug in der Reparationsfrage hinter die Brnning-Linie aufgegeben. Das Ergebnis von Lausanne ist bekannt: die Reparationen bleiben — wenn es in der Kriegsschuldenfrage zwischen Amerika und seinen Schuldnern zu keinem Ausgleich kommt, sogar in der alten Höhe des Young-Plans — und die zarten Annäherungen der Militrktatur an Frankreich haben nicht zu politischen Konzessionen Frankreichs geführt, sondern zur Neubildung der Entente zwischen Frankreich und England.

Versammlungsverbot

der Bezirkshauptmannschaft Graz gegen die Linken Kommunisten.

Die von der Kommunistischen Linksoption für 1. Oktober um halb 8 Uhr abends ins Werkrestaurant Kroat in Andritz bei Graz einberufene öffentliche Versammlung für die proletarische Einheitsfront und gegen den Faschismus, wurde von der Bezirkshauptmannschaft Graz mit einer fadenscheinigen Begründung verboten. Eine Delegation von Sozialdemokraten und Linken Kommunisten hat beim sozialdemokratischen Landesreferenten Oberzaucher gegen das Verbot interveniert. Es besteht Aussicht, daß es dieser Delegation sowie durch den sofort eingereichten Rekurs gelingen wird, die Aufhebung des Versammlungsverbotes zu erwirken. Sollte das nicht der Fall sein, so wird diese Versammlung demnächst im selben Lokal abnormals einberufen.

Spendet Preß-Straf-Fonds für den „Mahnruf“

Die Militrktatur hat bekanntlich nach Lausanne im Inland und im Ausland ihre Offensive für die Aufrüstung fortgesetzt: sie gab sich der Hoffnung hin, die Rivalität innerhalb der Entente auszunützen zu können. Die englische Antwort auf die deutsch-französische Rstungsdiskussion bedeutet für die Militrktatur eine empfindliche Niederlage; in blendender Isolation reitet die deutsche Konterrevolution auf dem wilhelminischen Gaul in ein neues imperialistisches Abenteuer.

Der Kampf zwischen den zwei Flgeln der Konterrevolution

Die Tatsachen des unvermeidlichen Bankrotts der Wirtschaftspolitik der Militrktatur und ihrer außenpolitischen Pleite kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß sie im Kampf gegen das Proletariat und im Konkurrenzkampf mit dem faschistisch-plebejischen Flügel stets darauf hingewiesen, daß die herrschende bonapartistische Konterrevolution nicht im Traume daran denkt, die Kommandohhen der Staatsgewalt Hitler auszuliefern, sondern daß sie mit aller Kraft den Faschismus zu „kommunistischen“ versucht, d. h. ihrer Führung unterzuordnen. Mit einer solchen Lösung kann sich der Faschismus aber nicht zufrieden geben; er muß zur politischen Alleinherrschaft streben, er muß, um sich zu behaupten, alle Ansätze der politischen Oppositionsbildung gegen sein Regime im Keime ersticken. Denn an die Macht gelangt, wird sich die ungeheure soziale Demagogie des Faschismus entrollen und sein Regime wird von den proletarischen Massen, von den enttäuschten Bauern und Kleinbrgern bedroht — wenn der eiserne, waffenstarrende Ring des Faschismus den arbeitenden Massen auch nur die kleinste Möglichkeit zur Formierung ihres politischen Massenwiderstandes läßt. Darum sein Kampf für sein politisches Monopol, darum sein Vernichtungskampf gegen alle politischen Organisationen, die sich ihm nicht anschließen.

Der deutsche Faschismus hat am 31. Juli bei den Reichstagswahlen gesehen, daß die Grenzen der Massensammlung mit den Mitteln der sozialen Demagogie im wesentlichen erreicht sind. Er hat am 1. August den Terrorfeldzug begonnen und am 13. August von Hindenburg erfahren, daß die Militrktatur nicht daran denkt, sich ihm zu unterwerfen. Der Faschismus stand vor der Entscheidung, gestützt auf seine Kraft und seinen Massenanhang, sich die Macht zu holen. Er hat es bekanntlich nicht getan, sondern versucht, die parlamentarische Schwäche der Militrktatur durch eine Koalition mit dem Zentrum auszunützen. Herr Hitler weiß, daß letzten Endes die Macht, gestützt auf bewaffnete Gewalt erobert wird. Aber seit jenem Novembertage in München, wo er die Kugeln auf der Straße pfeifen hrte, hat Herr Hitler einen heiligen Respekt vor einer Situation, wo er mit den Seinen auf der Straße und die bewaffnete Staatsgewalt gegen ihn steht. Darum seine kmpfhaften Versuche nur auf dem Wege eines Staatsreiches zu siegen, d. h. die (Fortsetzung auf Seite 2.)

Der „Mahnruf“ angeklagt!

Mit Bezug auf den Paragraph 305 des St. G. B. hat die Staatsanwaltschaft gegen den letzten Absatz des Artikels: „Grazer Naziliberfall auf Jungfru und Antifa-Genossen und die Sozialdemokratie“ von „Die Grazer Arbeiter...“ bis „...ohne Zaudern“ in Nr. 18 des „Mahnruf“ die Anklage erhoben. Der Staatsanwalt wird Gelegenheit haben, seine Anklage vor den Geschworenen zu vertreten. Gen. Dmfl wird als verantwortlicher Redakteur für die angeklagte Stelle die Verantwortung übernehmen.

Weltreform-Schwindel-Partei läuft zum Kadi

Der Herr Architekt Heinz hat wegen des Artikels „Weltreform-Schwindel-Partei“ in der Nr. 16 des „Mahnruf“ die Privatklage wegen Ehrenbeledigung erhoben und die Konfiskation dieser Nummer vornehmen lassen.

Arbeitslose, spricht selbst!

Die Femeverordnung des Ministers Resch ist, mit einigen Abänderungen der Gewerkschaften „verbessert“, in Kraft getreten. Dort, wo es sich um die entscheidenden Bestimmungen handelte, deren ausgesprochenen Femecharakter wir letztlich behandelt haben, ist der Entwurf des Ministers geblieben, wie er war. Der Notlageparagraf wurde noch verschärft, indem man ihm dem Ermessen jeder IBK überließ. Allgemein haben wir es mit einer Herabsetzung der Unterstützungsdauer und mit einer Unterstützungskürzung durch die Einführung der NIII zu tun.

Im Sinne der 28. Novelle liegen tausende Gesuche von Ausgesteuerten bei der IBK in allen Bezirken. Die Arbeitslosen selbst sollen sprechen, welche Erfahrungen sie mit den neuen Bestimmungen des Ministers gemacht haben.

Wir werden alle Zuschriften veröffentlichen, um an Hand der Tatsachen den Verantwortlichen ihre Schandtaten an den Arbeitslosen und der ganzen Arbeiterklasse aufzuzeigen.

„Schwedisch reden“

...aber Schweden ist noch immer das Land meiner Träume. (Karl H. „Arbeiter-Zeitung“ vom 28. September.)

Wien ist abgesetzt aus der Traumphantasie der Sozialdemokratie, die Hungerstatistik über die Wiener Schulkinder und das Arbeiterelend haben es entthront. Der „Gemeinsozialismus Wiens“, das Betteln der internationalen Sozialdemokratie, ist im Sumpf der Wirtschaftskrise versunken. Im Norden Europas, an den Grenzen des Landes, über dem der Sowjetstern leuchtet, im Lande des Weltgainers Iwar Kreuger und der Filmdarstellerin Orela Oarbo, ist die neue Fata Morgana des Reformismus aufgetaucht. Das Wunder, das uns bisher ein dunkles Geheimnis war, ist entdeckt worden... Was ist Wien gegen Schweden? Hier eine Stadt — dort ein ganzes Reich! Und jedermann kann jetzt fabelhafte Schilderungen in der SP-Pressen lesen über das Land mit seiner hohen Volks- und Wohnkultur, wo es nur „wenige hungernde und frierende Menschen“ gibt. Was ist geschehen, daß wir aufgeklärten Mitteleuropäer jetzt erst Kunde erhalten von diesem nordischen Paradies?

Die Sozialdemokratie hat — gemeinsam mit den Kommunisten — die Stimmmehrheit bei den letzten Parlamentswahlen erobert. Und dies gibt jetzt Anlaß, das bürgerliche Schweden als das Morgenrot der im Sumpf stekenden Sozialdemokratie Mitteleuropas zu preisen. Und wer ist schuld daran, daß z. B. die österreichische Sozialdemokratie nicht die Mehrheit erobert und der Faschismus sein Haupt erhebt? Die Unkultur des Volkes, sagt die Sozialdemokratie.

Bis jeder Bürger Oesterreichs die Volkshochschule besucht und jeder Arbeiter sein Telefon haben wird, dann komme auch für uns die Zeit, in der man mit demokratischen Mitteln die Staatsmacht erobert. So die Philosophie des Reformismus.

Was ist wirklich geschehen? Durch die besondere Lage der skandinavischen Staaten, die auf großen Territorien nur schwach bevölkert sind (Schweden ist ungefähr so groß wie Deutschland und hat aber nur den zehnten Teil der Einwohner Deutschlands) und über große Bodenschätze, oder, wie Dänemark, über ausgedehnte landwirtschaftliche Kulturen und Viehzucht verfügen, konnte die bürgerliche Gesellschaftsordnung ein viel höheres Kulturniveau erreichen als anderswo. Daß heute, unter dem Drucke der Weltkrise, wo es auch in Schweden zehntausende Arbeitslose gibt, dieses Lebensniveau der Werktätigen durch das Kapital bedroht wird, beweist nur, daß der Kapitalismus überall, gleich welche Stufe der Kultur er im nationalen Rahmen erreicht hat, das von ihm geschaffene Gebäude untergründet und jahrzehntelange Errungenschaften des Proletariats zerstören muß, um zu leben.

Der Ausdruck dieser Tatsache ist der Wahlsieg der schwedischen Sozialdemokratie. Aber ebenso wie die belgische, englische, deutsche Sozialdemokratie aus denselben oder noch günstigeren historischen Bedingungen (1918) die Macht in den Schoß gelegt bekam und die Werktätigen bitter enttäuschte, wird auch die schwedische Sozialdemokratie versagen und wie in Mitteleuropa dem Faschismus den Boden vorbereiten. Zu früh jubelt der Austromarxismus, das Land seiner Träume wird alsbald das Land seiner Schäume werden. Sein Debakel wird entweder der Kommunismus oder die faschistische Reaktion ablösen.

Aber noch etwas lehrt das schwedische Beispiel. Soziale Fürsorge, Wohnkultur, Volksbildung und hohes Lebensniveau der Arbeiterklasse sind nicht abhängig von einer sozialistischen Mehrheit, wie die Sozialdemokratie Wiens es vortäuschen will, sondern von ganz bestimmten historischen Voraussetzungen und Bedingungen. Was den Arbeitern des bürgerlichen Schwedens selbstverständlich erscheint, dünkt den Arbeitern Wiens als eine „sozialistische“ Errungenschaft.

Gerade Schweden lehrt, daß Kultur nur auf der Basis eines sozial hohen Lebensstandards möglich ist. Das heißt, zuerst gibt dem Proletariat genug Brot, eine menschliche Wohnung und Arbeitsbedingungen, dann wird sich auch das Kulturniveau der Werktätigen heben. Weder das eine noch das andere ist in der Periode der zusammenbrechenden und verfallenden bürgerlichen Gesellschaft ohne die Ueberwindung derselben durch die proletarische Revolution möglich.

Die Sozialdemokratie flüchtet von dem Boden der rauen Tatsachen in das bürgerliche Traumland Schweden. Kapitalistische Lohnsklaverei, ein liberaler König und Gemeindeführung mit Telefon, das ist die bürgerliche Vorstellungswelt des Reformismus. Der Sozialismus, das Gebot der Zeit, ist ihm eine fremde Utopie.

(Fortsetzung von Seite 1.)

bewaffneten Kräfte der Staatsmacht zuerst in die Hand zu bekommen.

Am 12. September abends, als die Militärdiktatur aus dem Reichstag flüchtete und Herr Göring für den folgenden Tag eine Kampfsitzung des aufgelösten Reichstages proklamierte, da stand Herr Hitler vor der gleichen Entscheidung wie am 13. August. Tagt das aufgelöste Parlament, dann erscheint ein Leutnant mit 3 Mann und verhaftet den rebellischen Reichstag. Diese furchtbare Vision genigte, um Hitler-Göring zum Rückzug zu veranlassen. Bekannt ist das Rückzugsgeschehen im preußischen Landtag, wo die Nazis aus Furcht vor der Militärdiktatur den preußischen Beamten für ihren Gehorsam gegenüber der Militärdiktatur dankten — nachdem sie sie vorher zur Gehorsamsverweigerung aufgefordert hatten.

Der Fäulnisgeruch der politischen Korruption, der von der NSDAP ausströmt, beginnt bereits zu Zersetzungserscheinungen in ihren aktiven Teilen zu führen. Überall entstehen kleine, lokale Rebellionen, insbesondere in der SA, hier und dort werden kleine faschistische Splitterparteien gebildet. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß dieser Prozeß sich auch bei den Wahlen zeigen wird.

Aber das offene Ausreißer der ungeheuren inneren Widersprüche, die sich in der NSDAP angesammelt haben, hat noch nicht begonnen und die Hoffnung vieler Kommunisten, daß jetzt endlich das Auseinanderfallen der NSDAP, ihre „Selbstzersetzung“ beginnt, teilen wir nicht.

Der Bankrott der Militärdiktatur, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, wird es dem Faschismus erleichtern, aus seiner jetzigen Krise herauszukommen — wenn nicht die Arbeiterklasse endlich durch Entfaltung ihrer eigenen Klassenpolitik den kleinbürgerlichen Massen kämpfend den Weg ins Freie zeigt und damit erst die Voraussetzung für das endgültige Zurückwerfen des Faschismus schafft.

Erste Versuche des proletarischen Widerstandes

Man muß es immer und immer wiederholen: noch lastet die Niederlage vom 20. Juli schwer und drückend auf dem Proletariat. Von dem stürmischen Massenwiderstand der Junitage gegen die SA-Horden ist sehr wenig zu merken. Der gewaltige, aufsteigende Kampfwiller der 3. und 4. Juli-Demonstrationen im Lustgarten, die elementare Bildung der proletarischen Einheitsfront mitten im Kampf — all diese Auftriebe haben sich nach dem 20. Juli nicht weiterentwickelt. Wer aber durch Deutschland heute mit offenen Augen geht, der sieht, daß die Empörung der arbeitenden Massen weiterglimmt, aber sie bricht noch nicht unter dem Schlucklaufen der zusammengebrochenen Illusionen des 20. Juli hervor. Man muß die deutschen Arbeiter vor den Sondergerichten der Konterrevolution hören, man muß sie in den Fabriken und Stempelstellen sehen, dann weiß man es mit stolzer und siegesbewußter Ueberzeugung: unsere Arbeiterklasse ist noch nicht gebrochen, alle Enttäuschungen und Niederlagen haben nicht ihren Glauben an die kommende Abrechnung, ihren leidenschaftlichen Haß gegen die Konterrevolution, die sich überall breitmacht, gelähmt. Es bedarf nur einer ernsthaften, wohl vorbereiteten politischen Aktion seitens der revolutionären Partei, und wie eine mächtige Springquelle bricht der revolutionäre Ebb aus dem Tiefen wieder hervor.

Unser Unglück besteht darin, daß unsere politisch verlorrene Parteiführung alle Hebel in Bewegung setzt, um die Aktion auf dem Boden der proletarischen Einheitsfront zu verhindern.

Unser Unglück besteht darin, daß der revolutionäre Marxismus heute nicht an der Spitze der KPD vertreten wird, sondern nur von einem kleinen Häuflein standhafter Revolutionäre, die seit zehn Jahren unbeteiligt den Kampf für die Wiedergeburt der Partei und Komintern führen.

Trotzdem unsere Partei versagt und die SPD auf der ganzen Linie kapituliert, beginnt sich da und dort der proletarische Widerstand zu regen. Gegen die Notverordnung sind in vielen Betrieben Streiks ausgebrochen. Die Reformisten, die wohl wissen, daß es jetzt um die Existenz ihrer Organisationen geht, tolerieren diese Streiks, solange sie nicht von der Militärdiktatur einfach verboten werden. Aber den Kampf organisieren, d. h. die Betriebsräte in den einzelnen Städten zusammenzurufen, klare Parolen herausgeben, grundsätzlich jeden Vorstoß der Unternehmer mit dem Streik zu beantworten, die Streikbasis möglichst verbreitern, das tun die Reformisten nicht.

Man muß den Widerstand ideologisch und organisatorisch organisieren.

Woll man das muß, weil man nicht auf die Spontanität der Massen hoffen darf, eben darum müssen die Kommunisten überall dort sein, wo die reformistischen Massen sind, insbesondere in den Gewerkschaften.

Wie selbst mit winzigen Kräften erfolgreich auf dieser Linie gearbeitet werden kann, das zeigt ein Beispiel in Berlin. Wir Linken haben z. B. auch in der freien Gewerkschaft der Schuhmacher Einfluß. So war es möglich, daß am 14. September die Funktionskonferenz von Groß-Berlin nachfolgende Resolution mit allen Stimmen gegen 3 verhasste SPD-Kollegen annahm:

Resolution.

I. Die neue Notverordnung Schleicher-Papen stellt das brutale Attentat auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse dar, das jemals in Deutschland unternommen wurde. Es beseitigt die Grundrechte der Arbeiter, vernichtet die letzten Reste der Sozialpolitik und sprengt das Tarifvertragsystem. Der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung bedeutet keine Ankurbelung der Wirtschaft, sondern einen neuen Generalangriff auf die Löhne, bei gleichzeitiger Subventionierung der Unternehmer aus öffentlichen Mitteln (Prämienfonds, Steuerzuschüsse). Eine wirkliche Milderung der Krise, die nur durch eine Vergrößerung des Exports erfolgen kann, verhindert die Agrarpolitik der Regierung.

Dieses Attentat der Militärdiktatur, die mit den Mitteln der offenen Gewalt vorgeht, erfordert den einheitlichen

und geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse. Dieser Kampf kann nur außerparlamentarisch geführt werden.

II. Das neueste Attentat der Regierung zeigt dem deutschen Proletariat, wie verhängnisvoll der kampflöse Rückzug am 20. Juli war, als die Regierung die Macht in Preußen unter Einsatz der bewaffneten Gewalt an sich riß. Erst der leichte Sieg am 20. Juli hat die Konterrevolution so gestärkt, daß sie jetzt mit verzehnfachter Wucht angreift. (Sondergerichte, Notverordnungen.)

III. Die Funktionskonferenz des Schuhmacherverbandes, Zahlstelle Groß-Berlin, wendet sich an alle Organisationen des ADGB und insbesondere an die leitenden Körperschaften der Gewerkschaften, und fordert von ihnen, alle Vorbereitungen zu treffen, um die gesamten Machtmittel des organisierten Proletariats zur Abwehr der neuesten Angriffe der Regierung einzusetzen.

Der Sturz dieser Regierung, die innerpolitisch die schwärzeste Reaktion verkörpert und außenpolitisch imperialistische Abenteuer zu steuert, muß mit allen Mitteln erzwungen werden.

IV. Die Funktionskonferenz fordert von der Bundesleitung des ADGB, daß sie mit aller Kraft bemüht ist, das Zustandekommen eines Kampfbündnisses der KPD mit der SPD auf folgender Grundlage zu fördern:

1. Gemeinsame Kampfausschüsse gegen den Faschismus, Kampf für die Auflösung der SA, für die Verteidigung der Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus durch gemeinsame Klassenwehren.

2. Für den Sturz der Regierung, für Arbeitsbeschaffung durch Ausbau des Rußlandsexports und öffentliche Arbeiten, gegen jeden Lohnabbau, gegen die imperialistische Rüstungspolitik der Bourgeoisie.

3. Für die Einheit und den Ausbau der freien Gewerkschaften.

Auf der Basis dieser politischen Linie und entsprechender organisatorischer Vorbereitung kam es zu den Streiks in Berliner Schuhbetrieben, vor allem bei „Reh-Prädel“.

Der „Vorwärts“, außer sich darüber, daß so etwas in einer Funktionskonferenz einer freien Gewerkschaft Groß-Berlins möglich ist, schreibt folgende hässliche Bemerkungen darüber:

„Auch die Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher hat eine Entscheidung gegen die Notverordnung angenommen. In dieser Entscheidung wird u. a. der ADGB aufgefordert, ein Kampfbündnis zwischen der KPD und der SPD herzustellen. Die Berliner Schuhmacher müßten aus eigener Erfahrung wissen, daß man mit der KPD ein Kampfbündnis nicht abschließen kann, es sei denn, man unterwirft sich blind und widerspruchslos den Anordnungen Moskaus und seiner Berliner Vertreter. Im übrigen müßte man auch in der Zahlstelle Berlin des Schuhmacherverbandes wissen, daß nicht „der kampflöse Rückzug am 20. Juli“ die Konterrevolution in Deutschland gestärkt hat, sondern die von Moskau aus gewollte Spaltung der deutschen Arbeiterklasse. Und dazu hat die Berliner Zahlstelle der Schuhmacher nur zu lange die Hand geboten. („Vorwärts“, 18. Sept.)

Die Herren vom „Vorwärts“ sind, wie man sieht, nicht wenig erzürnt über die klassenbewußte Haltung der Funktionsräte der Schuhmacher und die Resolution, die sie annahmen. Sie versichern, daß sie beiläufig kein Kampfbündnis mit den Kommunisten wollen. Das wissen wir allzu gut: wenn dieses Kampfbündnis kommen wird — und es muß kommen, um der deutschen Arbeiterklasse die einheitliche Kampffront zu ermöglichen — dann wird es im erbittertesten Kampf gegen den reaktionären Widerstand der Reformisten sein.

Die Herren vom „Vorwärts“ haben heute noch den traurigen Mut, uns, d. h. Moskau, der Spaltung zu beschuldigen. Als ob nicht jeder klassenbewußte Arbeiter in der ganzen Welt wüßte, daß nicht wir die Arbeiterklasse gespalten haben, sondern der schmähliche reformistische Verrat der SPD am 14. August 1914.

Die Herren vom „Vorwärts“ lügen, „den kampflösen Rückzug am 20. Juli“. Man sieht, sie haben nicht nur eine eiserne Front, sondern auch eine eiserne Stirn. Haben sie vielleicht am 20. Juli gekämpft? Wo! Mit wem! Unter welchen Parolen? Oder war vielleicht der 20. Juli gar kein Rückzug, keine schmähliche Kapitulation?

Es ist nutzlos, mit dem „Vorwärts“ darüber zu streiten. Wir kämpfen heute noch im Schatten des 20. Juli und es ist fürwahr eine lächerliche und verächtliche Komödie, zu lügen, daß der 20. Juli eine sehr ernste Niederlage der deutschen Arbeiterklasse war, verschuldet durch die Kapitulation des Reformismus und durch die zentristische Politik der KPD-Führung.

Schlußfolgerungen

Wir befinden uns in einer kritischen Etappe der Entwicklung des deutschen Klassenkampfes. Auf dem Rücken des verfallenden Faschismus hat sich die bonapartistische Konterrevolution in den Sattel geschwungen. Sie hält sich, trotz ihrer Schwäche, ihres wirtschaftlichen und außenpolitischen Bankrottes, kraft der Aktionsunfähigkeit der Arbeiterklasse.

Die faschistische Bewegung ist in eine ernste Krise geraten; unter dem Drucke der Arbeiterklasse müßten sehr rasch die inneren aufgeschobenen Widersprüche in der NSDAP zum Durchbruch gelangen und diesen buntzusammengewürfelten Heerhaufen der Konterrevolution entscheidend schwächen.

Unsere Arbeiterklasse sucht tastend den Weg ins Freie. Noch ist sie verwirrt durch die Schläge, auf die sie die reformistische Politik nicht vorbereitete, gegen die sie die zentristische Politik nicht wappnen konnte. Aber in den Tiefen der Arbeiterklasse wächst weiter der Haß gegen einen gesellschaflichen Zustand, den sie mehr und mehr als unerträglich empfindet. Es ist viel Zeit verloren worden; aber es ist noch Zeit, alles zu gewinnen.

Schlagt den Faschismus!

In Oesterreich entfaltet sich der Faschismus unter den Fittichen der legalen Reaktion, die in den Zentren der republikanischen Staatsmacht ihre Hauptstützpunkte besitzt. Die Auffassung, wie sie vom Stalinismus in den verschiedenen Variationen genährt wird, daß das gegenwärtige Regime ein Experte des Faschismus sei, ist nicht nur falsch, sondern führt, wie das die Politik und Taktik der KPOe in der Vergangenheit lehrte, zu verhängnisvollen Fehlern und Mißerfolgen.

Wir stehen gegenwärtig am Beginn einer neuen, vielfach komplizierten Entwicklungsphase der politischen Verhältnisse. Der Bürgerblock Scipels ist zerbröckelt. Aus seinen abgesprengten Trümmern hat sich vorerst der Heimwehfaschismus, der Sturmtrupp der Reaktion gegen die Arbeiterklasse, entwickelt, und wird jetzt, selbst vom Leichengift des Bürgerblocks infiziert, vom Hakenkreuzfaschismus abgelöst. War der Hahnenschwanzfaschismus ein legitimer Sprößling der Reaktion, so ist der Hakenkreuzfaschismus der Erbfolger des Bürgerblocks. Aber ein Erbe, der sein Erbteil mit neuen Methoden zu verwalten gedenkt, und darob jetzt schon der erbitterte Kampf um die Macht, den er mit den Bürgerblockparteien führt.

Freilich hat der Faschismus — mit der roten Fahne und dem Hakenkreuz — vor sich noch einen weit gefährlicheren und unvergleichlich stärkeren Gegner, als es die Bürgerblockparteien sind, nämlich die Arbeiterklasse.

Die Kompliziertheit der Lage, in die wir steuern, liegt darin, daß weder der Bürgerblock ohne den Faschismus regieren, aber vorläufig auch nicht auf die stille To'erierung durch die Sozialdemokratie verzichten kann, wie das anschaulich der Pakt von Lausanne gezeigt hat.

Ist das Zusammenwirken dieser Faktoren jetzt schon sehr kompliziert, wo noch der in Agonie liegende Hahnenschwanzfaschismus das Zünglein an der Waage ist, so wird sich die Lage bedeutend verschärfen, wenn die Nazi ins Parlament einziehen und die Bürgerblockparteien von rechts und links in die effektive Minderheit gedrängt sein werden. Die Verständigung der clerikal-konservativen Christlichsozialen, die legitimistisch gesinnt, auf die Donauföderation hinsteuern, mit den plebejischen Nazi, die schwarzweiß-rot orientiert sind und auf die Dauer die Macht mit den Bürgerblockparteien nicht teilen wollen noch können, wird nicht ohne kreischende Reibungen vor sich gehen. Daher auch das Zögern der Regierung mit Neuwahlen.

So sehr die legale Reaktion nicht ohne den Faschismus parlamentarisch regieren kann und die jugendfrischen Sturmtrupps des Faschismus zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und zur Einschüchterung der Sozialdemokratie braucht, ist sie doch dem Hakenkreuz, das über ihre Interessen zur Macht strebt, spinnfeind. Und so ergibt sich das widerspruchsvolle Bild des gegenseitigen Kampfes um die reaktionären Massen, der hauptsächlich zwischen den Christlichsozialen und Nazi geführt wird, bei gleichzeitigem gemeinsamen Kampfe gegen die Arbeiterklasse, deren Niederhaltung und Ausplünderung, bzw. deren physische Vernichtung als politisch wirkende Kraft für beide Lager der politischen Reaktion Voraussetzung ihrer Machtaspiration ist.

Konzentriert die legale Reaktion als der gegenwärtige Exponent der Bourgeoisie ihre Angriffe hauptsächlich gegen das wirtschaftliche Lebensniveau der Werktätigen, so hat es der Faschismus, kraft seiner historischen Rolle, als die konsequenteste Form der Reaktion, auf die politischen Rechte und den politischen Einfluß der Arbeiterklasse abgesehen. Haben schon die Verfassungskämpfe im Jahre 1929 die Sozialdemokratie in eine sehr bedrängte Lage getrieben, so muß sich der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und dem Faschismus in dem Maße verschärfen, als die Bourgeoisie gezwungen ist, die Nazi in ihr parlamentarisches Regime einzugliedern.

In diesem Dilemma der herrschenden Reaktion versucht sich der zerzauste Hahnenschwanzfaschismus zur Geltung zu bringen, indem er das Diktaturregime a la Papen fordert und in einer solchen Lösung (die freilich nur vorübergehend sein kann) als Kettenhund wieder zur Geltung zu kommen hofft.

Im Mittelpunkt der Herbstoffensive der Nazi steht der Kampf um Wien. Was den Hahnenschwanzern als Traum vorschwebte, versuchen die Nazi zu realisieren. Nicht um die Gemeinderatsmehrheit schlechthin geht es in diesem Kampfe. Der Kampf um den Gemeinderat ist nur der Reflex des Kampfes der Nazi gegen das Wiener Proletariat, dessen gewaltige Kampfkraft und Machtentfaltung in der revolutionären Aktion sie treffen wollen. Sie wissen, ohne Wien kann man Oesterreich nicht regieren. Dieser Stoß richtet sich daher hauptsächlich gegen das Proletariat, mit dessen Niederbringung den Nazi schrittweise der Weg zur Macht freiliegt.

Die Sozialdemokratie ruft die Arbeiter auf, in den kritischen Tagen der Nazioffensive ihre Kampfzeichen demonstrativ zu tragen, und die Schutzbündler und die Jungfront sollen mit ihren Uniformen das Straßenbild beherrschen. Damit ist aber für sie auch die Grenze im Kampfe gegen den Mordfaschismus gezogen.

Die Kommunistische Partei ruft zur Antifaschistischen Aktion, und versteht darunter aktiven Kampf gegen den Faschismus in allen Formen. So richtig das Ziel der Antifaschistischen Aktion ist, so untauglich sind ihre Methoden.

Der Zweck der Antifaschistischen Aktion kann nur in der Arbeiter-Einheitsfront verwirklicht werden. Aber der Kampf um die Arbeiter-Einheitsfront bedarf anderer Strategie und Taktik und einer anderen Politik, als die der stalinistischen Parteiführung. Erforderlich ist der Kurs auf die leninische Einheitsfronttaktik und die Liquidierung der RGO, um vor allem den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern demonstrativ zu bekunden, daß die Kommunisten den gewerkschaftspaltrischen Kurs aufgeben und mit ihnen in jeder Weise die Gewerkschaften, gegen die sich die Hauptangriffe des Faschismus richten, verteidigen. Ferner gilt es, strategisch den Kurs zu nehmen auf den unüberbrückbaren

Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschismus, wobei den Arbeitern beharrlich aufzuzeigen ist, wie dieser die Sozialdemokratie durch seine Taktik bis zur Selbstliquidierung treibt.

Aber das Hauptaugenmerk gilt es gegenwärtig zu richten auf das wirtschaftliche Gebiet des Kampfes. Die Verelendung des Proletariats, die latente Ausweglosigkeit treibt Wasser auf die Mühle des Faschismus. Breite Schichten drohen der sozialen Demagogie der Nazi zum Opfer zu fallen. Der Kampf um Arbeit und Brot muß in allen seinen Formen, ganz konkret vor dem Proletariat aufgerollt

Zehn Jahre Kampf der österreichischen Linken

In den nächsten Tagen tritt in Graz die Konferenz der österreichischen Linken zusammen, um in erster, kameradschaftlicher Arbeit Rückblick über die geleistete Arbeit zu halten und auf Grund gezogener Lehren und kollektiv überprüfter Erfahrungen die Arbeit mit verstärkter Kraft fortzusetzen.

Die österreichische Linke blickt auf eine mehr als zehnjährige Kampfperiode zurück. Die erste Etappe ihres Kampfes (1922—26) stand am Beginn, in Zeichen des Kampfes gegen den prinzipienlosen Fraktionskampf, den damals die beiden Gruppen Frey und Toman führten. In der damaligen Zeit (1922—23) wurde der Kampf von der kleinen Gruppe des Gen. Landau aufgenommen, die sich auf eine Bezirksorganisation in Wien (Währing) stützte. Diese Gruppe kämpfte damals gegen die bürokratische Umstellung der Partei von den Betriebsgruppen auf die Wohnorganisation, und sie lehnte die mechanisch-illloyale Methode ab, mit der damals die politisch notwendige Liquidierung der Rechten (Josef Strasser) von der 1922 vereinigten Toman-Frey-Gruppe vorgenommen wurde. Die Differenzen mit der damaligen Parteimehrheit entwickelten sich 1923 nach dem 4. Weltkongreß weiter, als die Freygruppe, die damals die Partei beherrschte, ebenso wie die sie bekämpfende Toman-Gruppe, die Strategie der „Arbeiter- und Bauernregierung“ vertrat, indem sie — getreu ihrer linkssozialdemokratischen Vergangenheit — stets die opportunistische Formel Sinowjews popularisierte:

„Wenn alles gut geht, werden wir aus einer solchen Regierung (Arbeiter- und Bauernregierung. Anm. d. Red.) einen Sozialdemokraten nach dem anderen hinausbugsiern, bis die Macht in den Händen der Kommunisten bleibt.“ (Sinowjew, Protokoll des 4. Weltkongresses, S. 51.)

Gegen diese beginnende Revision der marxistischen Staatsauffassung haben wir damals gekämpft, und wir standen mit aller Leidenschaft gegen die Zentrale in der deutschen Partei (Brandler), die mit dieser opportunistischen Strategie damals die deutsche Revolution sichtbar in den Abgrund führte. Wir bekämpften Frey, der damals in Deutschland sich fraktionell der Brandler-Gruppe anschloß.

Die Umgruppierung innerhalb der Komintern, die den deutschen Ereignissen folgte, stellte uns vor schwerwiegende Entscheidungen. Wir hatten nicht allein gegen den Brandlerismus gekämpft, wir hatten ja die Strategie des 4. Weltkongresses abgelehnt, und wir mußten es daher ablehnen, die Brandler-Gruppe als Alleinschuldigen der Niederlage anzuerkennen. Als die siegreiche Sinowjew-Maslow-Neurath-Clique nunmehr die Komintern wie ein erobertes Gebiet aufzuteilen begann (1924), da wandten wir uns voller Abscheu von diesen politischen Methoden ab. Als damals Trotzki's „Der Neue Kurs“ erschien, die erste Kampfschrift gegen den „rasenden Bürokratismus“, da stellten wir uns, durch eigene Erfahrungen überzeugt, auf die Seite der Moskauer Opposition.

Und als ein Jahr später die „Lehren des Oktober“ erschienen, da waren wir bereits entschlossen, uns mit allen Mitteln der nunmehr einsetzenden internationalen Kampagne entgegenzustellen.

In dieser Zeit, wo es um das Wohl und Weh der Komintern ging, überboten sich die Toman- und die Frey-Fraktion, Sinowjew ihre Reverenz zu erweisen, während die „Linke“, die von Peter (Werner Hirsch) geführte Kopenik-Gruppe sich fest an die Rockschoße Maslows klammerte.

Unsere Position in der damaligen Zeit bestand im Kampf für die Theorie der permanenten Revolution in der Ablehnung des prinzipienlosen Fraktionskampfes der Gruppe Frey und Toman und in der Bekämpfung des ultralinken Kurses von Peter-Kopenik, die damals den Sieg des Faschismus in Oesterreich anläßlich der Uebernahme der Regierung durch den provinziellen Flügel der Christlichsozialen, die Regierung Ramek, erblickte. Als wir damals, im Frühling 1925, auf den Wiener Vertrauensmänner-Konferenz Resolutionen für Trotzki vorlegten, als wir in der „R. F.“ offen Trotzki's Verteidigung auf der literarischen Front (proletar. Kultur) übernahmen, als Gen. L. als Agitpropleiter des ZK die Durchführung der „Bolschewisierung“, d. h. der Anti-Trotzki-Kampagne, verhinderte — da hielten viele der besten Genossen in der österreichischen Partei, erzogen in den Traditionen der nationalen Beschränktheit, diesen Kampf für einen seltsamen, rein akademischen Professorenstreit.

Diese Tatsache zwang die kleine Gruppe des Gen. L., als der Rechtskurs 1926 in der Komintern einsetzte, einen Block mit den damals wieder vereinigten Gruppen Frey und Toman zu schließen, wobei die Gruppe L. das Recht erhielt, innerhalb des Oppositionsblockes ihre Auffassungen in den internationalen Fragen zu vertreten. Damals begingen wir den entscheidenden Fehler, daß wir versuchten, durch die Proklamierung der Opposition als die wahre, die wirk-

werden. Ein positives Programm zur Beschaffung von Arbeit und Brot auf Kosten der Besitzenden, durch ein Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion und großzügige Arbeitsbeschaffung im Inland muß in den Betrieben und Arbeiterorganisationen propagiert und der Kampf für dasselbe auf der Basis eines Kampfbündnisses aller proletarischen Organisationen organisiert werden.

Der Kampf für Arbeit und Brot ist der wirksamste und im gewissen Sinne der entscheidende Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion. Er ist der soziale Inhalt im Ringen mit dem bankrotten Kapitalismus.

liche Komm. Partei, uns von der Partei zu isolieren. Daß uns Frey auf diesem Weg folgte — ohne eigene Linie, ohne politisches Programm — ändert nichts daran, daß dieser schwere Fehler voll und ganz auf unser Konto ging; wir erkannten ihn ein Jahr später, und wir korrigierten ihn.

Unter dem Eindruck der Oktober-Kapitulation 1926 der russischen Opposition kapitulierte auch die Toman-Gruppe, obgleich sie mit der russischen Opposition nichts zu tun haben wollte. Innerhalb der Opposition setzte jetzt der Kampf der alten Linken ein; sie wies auf die Lehren der chinesischen Revolution, auf die Erfahrungen im englischen Generalstreik, hin. Langsam begann 1927 in erster theoretischer Arbeit der Uebergang der revolutionärsten Arbeiterelemente innerhalb der Opposition auf die Position der Linken; die alte Frey-Gruppe, längst innerlich gelockert, zerbrach, die steirischen Genossen, geführt von Daniel, Koch, Pfeisl und Wagner, verschmolzen mit der alten Linken zu einer Richtung. In hoffnungslose Minderheit geraten, kapitulierte Frey im Oktober 1927 vor der linken Mehrheit in der Opposition und wurde innerhalb 24 Stunden ein „Linker“. Gleichzeitig organisierte er den Fraktionskampf gegen die linke Mehrheit, so daß es 1928 zur Spaltung kam, nachdem Frey in der russischen Frage eine völlig linkszentristische Haltung eingenommen hatte.

Seit der Spaltung von 1928 haben wir verschiedene Versuche unternommen, durch Bündnisse mit anderen Gruppen die Durchschlagskraft unserer Fraktion zu verstärken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies ein Fehler war. Als die Linke 1926 einen Block mit den Gruppen Toman und Frey schloß, öffnete sie sich durch diesen Schritt den Zugang zu vielen hunderten aktiven Parteimitgliedern, die damals Toman und Frey folgten, politisch aber noch in voller Entwicklung waren. Der Versuch aber, mit kleinen, abgekämpften, ideologisch entarteten Gruppen Blocks zu schließen — sei es die Frey-Gruppe oder andere — würde der Linken nicht frisches Blut zuführen, sondern sie nur zersetzen.

Der Versuch, die Linken mit den Mitteln des politischen Druckes zu einer Vereinigung mit Frey und Annahme seiner opportunistischen Plattform zu zwingen, hat uns seit 1920 in Konflikt mit Trotzki gebracht. Wir, die 1923—24 voller jugendlicher Begeisterung die Kampfansage Trotzki's für die Arbeiterdemokratie begrüßten, mußten erkennen, daß Trotzki in der Praxis seine Fahne preisgegeben hat. Wir, die vor zehn Jahren an seiner Seite den Kampf führten und erwarteten, daß dieser Kampf zu einer politischen, organisatorischen und moralischen Wiedergeburt der Komintern führen wird, wir mußten durch eigene bittere Erfahrungen erkennen, daß Trotzki wohl fähig ist, revolutionäre Ideen zu proklamieren, daß er aber sein historisches Recht immer wieder um kleinlicher Augenblickeffekte im Block mit Opportunisten preisgibt.

Auf zehn Jahre Kampf in der KPOe. und Komintern zurückblickend, verkörpern wir in unseren Reihen die lebendige, revolutionäre Erfahrung des revolutionären Marxismus in Oesterreich. Wir überlassen es den Stalinisten, uns zu begeifern, und Trotzki, die opportunistische Frey-Clique gegen uns vorzutreiben. Wir gehen unbeirrt unseren Weg weiter; was wir verloren haben, sind nicht unsere Kräfte, nicht unsere Ideen, sondern unsere Illusionen; die kleinen Kaders, die wir heute bilden, es sind harte, sturm-erprobte und erfahrene Kaders. Ihre Kämpfe und Erfahrungen waren nicht umsonst. Mit neuer Kraft rüsten sie sich, um den neuen Aufschwung der Linken in Oesterreich vorzubereiten.

Leset die Broschüre:

„Probleme der Entwicklung der USSR.“

von Leo Trotzki

Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helmt mit, Abonnenten werden.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufgruppe) bei. Beitrittserklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3 I,

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und ihr „linker“ Flügel

Die SAP unternimmt den Versuch, die Übernahme der Kritik der verschiedenen Oppositionsgruppen an der KPD-Führung mit dem Anspruch zu verbinden, die wirkliche Komm. Partei zu sein. —

„Alles, was in diesem Zusammenhang über den Charakter der SAP von Trotzki geschrieben wurde, können die Bolschewiki-Leninisten in Deutschland mit beiden Händen unterschreiben. Aber die Differenzen zwischen den deutschen Linken und dem Gen. Trotzki beginnen dort, wo es sich nicht um die konkrete Stellung des linken Flügels der KPD zu den verschiedenen Strömungen in der SAP handelt. Bereits auf dem Parteitag der SAP zeigte es sich, daß von allen Gruppen, die links vom rechten Flügel (Anna Siemsen-Kleinest-Th. Liebknecht) stehen, die Gruppe Walcher-Fröhlich, die ehemalige Minderheit der Brandlergruppe, gegenwärtig den stärksten Einfluß auf die revolutionären Elemente in der SAP ausübt.“

Die Autorität der Walcher-Fröhlich als ehemalige Spartakisten wird unter den jungen, unerfahrenen revolutionären Elementen in der SAP außerordentlich durch den politischen Reizepaß gestärkt, den ihnen Trotzki bei ihrem Übergang zur SAP ausstellte.

„Die Minderheit“, schreibt Trotzki, „hält eine selbständige und aktive Politik für nötig, gerichtet nicht gegen den unglückseligen Remmele, sondern gegen Kurs und Regime der Stalinbürokratie in der USSR und in der Komintern.“

„Die abgespaltene Minderheit sieht, soweit sich beurteilen läßt, ihre Hauptaufgabe für die nächste Periode darin, auf den linken Flügel der SAP gestützt, die neue Partei für den Kommunismus zu gewinnen und sodann mit deren Hilfe den bürokratischen Konservatismus der KPD zu zerschlagen.“

„Die Linke Opposition wird die Evolution der Minderheit aufmerksam und unvoreingenommen verfolgen.“ („Was nun?“ S. 90.)

Man liest diese Zeilen, man greift sich an den Kopf, man traut seinen Augen nicht! So urteilt Trotzki über eine Gruppe, wie die der Minderheit der Brandlerianer! Mit diesen Worten stellt er sie den revolutionären Arbeitern in der SAP vor!

Hier ist alles unrichtig; das, was ausgesprochen, und noch mehr, das, was verschwiegen wird. Wir wollen nur die entscheidenden Punkte herausgreifen. Zunächst: Ist es überhaupt statthaft, daß eine Fraktion, die vorgibt, auf dem Boden der Leninschen Komintern zu stehen, in eine zentristische Partei eintritt? Jeder Kommunist, mag seine Kritik an der Partei noch so scharf sein, der aber seine Partei nicht verloren gibt, wird einen solchen Übergang als Liquidation betrachten. Trotzki, der der Linken Opposition empfiehlt, „die Evolution der Minderheit aufmerksam und unvoreingenommen“ zu verfolgen, wendet sich dagegen an anderer Stelle gegen Urbahn und schreibt:

„Es wäre verbrecherisch seitens der oppositionellen Kommunisten, würden sie, gleich Urbahn, den Weg der Schaffung einer neuen Partei betreten.“ (S. 111.)

Ist aber die Mitarbeit an einer neuen zentristischen Partei, die Mitarbeit der Walcher-Fröhlich in der SAP, besser als der Versuch Urbahns, eine neue Komm. Partei zu schaffen? Hier verstrickt sich Gen. Trotzki in einen unlösbaren Widerspruch. — Berechtigt, nebenbei bemerkt, die Vergangenheit und die „ungeschriebene Plattform“ der Walcher-Fröhlich zu jener versöhnlichen „Unvoreingenommenheit“, die uns Trotzki empfiehlt?

Die Gruppe Walcher-Fröhlich, die auf dem Parteitag der SAP die Sowjetregierung beschuldigte, sie hätte der KPD den „Nationalbolschewismus“ aufgezogen, um dadurch die Blockbildung Deutschland-Frankreich zu verhindern, hat mit einer solchen Argumentation die Position des verfeindeten Reformismus bezogen. Wäre es richtig, daß die russische Partei im Staatsinteresse der USSR die deutsche komm. Bewegung als Hebel benützt, um einen Block Deutschland-Frankreich gegen Rußland zu verhindern, wäre es wahr, daß dies die Hintergründe des Programms der nationalen und sozialen Befreiung sind, das die KPD im August 1930 veröffentlichte — die Komintern wäre eine konterrevolutionäre Organisation, die man als solche angesichts des ganzen Weltproletariats brandmarken müßte. —

In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um „Tatsachen“, sondern um die Fieberphantasien des Gen. Walcher, der bei dem Übergang zur SAP sein ideologisches Gepäck von sich geworfen hat. Nicht „russische Staatsinteressen“ haben die KPD in den Sumpf des Nationalbolschewismus gestoßen, sondern die feige, zentristische Spekulation, man könne den faschistischen Gegner am besten schlagen, wenn man sich seiner Ideenwelt anpaßt.

Das sollten gerade die Walcher-Fröhlich am besten begreifen! Denn sie waren es ja, die diese Chamäleon-Taktik in der deutschen Partei begründeten, sie waren es, die im Jahre 1923 im Räusche des Nationalismus herumtorkelten.

Damals war es Fröhlich, der schrieb: „Das Entscheidende der heutigen Situation ist: die nationale Frage ist zur Frage der Revolution geworden.“ Wir sind es uns und dem deutschen Volke schuldig, die kampffähige deutsche Jugend, die sich den Völkischen angeschlossen hat, über ihre eigenen Zwecke, Mittel, Möglichkeiten und Notwendigkeiten aufzuklären.“ („Rote Fahne“, 3. August 1923.)

Unter der glorreichen Führung jener Zentrale, die die IKPD 1923 in die Katastrophe führen half und in der neben Brandler-Thalheimer, Fröhlich und Walcher die Hauptfiguren waren, schrieb damals die „Rote Fahne“:

„Sogar mit Leuten, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir zusammengehen, wenn sie in unsere Reihen treten wollen.“ („Rote Fahne“ vom 23. VIII. 1923.)

Gemessen an dieser Verirrung, an diesem Abweichen von der proletarischen Klassenlinie, vom Internationalismus, ist das nationale Befreiungsprogramm der Thalmann-Gruppe noch sozialistisch und proletarisch.

Und diese Internationalisten, die bis zum heutigen Tag nicht ihre Fehler von der SAP erkannt haben, die jetzt offen reformistische Verleumdungen gegen die Komintern kolportieren, die schwingen die Geißel der „bolschewistischen Selbstkritik“ auf dem Rücken der KPD!

Einer solchen Gruppe gegenüber, die die jungen, revolutionären Elemente in der SAP ideologisch vergiftet, darf es kein Versöhnertum geben. Wenn Gen. Trotzki als einziger Hauptfehler dieser Gruppe in einem Brief an Thomas (SAP) die Auflösung ihrer Fraktion in der SAP bezeichnet, so ist das ein absolut falsches Kriterium.

Eine Fraktion zu bilden ohne eine Plattform, das ist Cliquentum. — Eine Fraktion bilden, aber auf dem Boden der ideologischen Abfallprodukte der 2. und 3. Internationale — das ist schlimmster Opportunismus.

Die Gruppe Walcher-Fröhlich konnte ihre Fraktion innerhalb der SAP nicht aufrecht erhalten, denn sie ist Fleisch vom Fleisch des Zentristismus, sie gehört organisch zu der Gruppe Seydewitz-Rosenfeld, mit der sie nicht umsonst einen festen Block geschlossen hat und mit der sie nur um Posten im Apparat kämpft.

Man wird uns vielleicht entgegenhalten: Aber weist die Gruppe Walcher-Fröhlich nicht auch positive Züge auf? Hat nicht gerade sie offen die Theorie vom Sozialismus in einem Land abgelehnt und die Mehrheit der SAP für diese Auffassung gewonnen?

Wer in der abstrakten Ablehnung der Theorie vom Sozialismus in einem Land bereits eine revolutionäre Erkenntnis erblickt, der hat nichts vom Wesen des Marxismus. Die Theorie vom nationalen Sozialismus lehrt auch der Reformismus ab, nicht weil er „internationalistischer“ ist, als die zentristische Gruppe Stalin, sondern, weil er an die Fähigkeit der Arbeiterklasse, den Sozialismus aufzubauen, nicht glaubt, weil er längst auf das speyerische Niveau kleinbürgerlich-liberaler Vorurteile herabgesunken ist. Wer, wie Walcher und Fröhlich, die Theorie vom nationalen Sozialismus ablehnt, und die jungen Revolutionäre in der SAP lehrt, im Namen dieser Strategie opfere die Komintern die KPD den außenpolitischen Bedürfnissen der USSR und zwingt sie in die „nationale Front“ — der zersetzt die revolutionäre Arbeiterbewegung noch unvergleichlich mehr als die Gruppe Stalin.

Aber es sind ja nicht allein diese Fragen. Die Gruppe Walcher-Fröhlich ist nicht nur die Vorkämpferin der „gegenseitigen Ueberzeugung“, der „Kameradschaftlichkeit“, wenn es sich um die offenen Rechte in der SAP handelt, sie tolerierte es nicht nur, daß die Völkerbundsartikel Anna Siemsen in der SAP-Presse dauernd erschienen — nein, gerade sie ist es, die sich vor die revolutionären Elemente der SAP stellt, wenn sie Anschluss bei den Kommunisten suchen, und die ihnen „beweist“, daß die KPD und die Komintern rettungslos verloren sind, daß die SAP die wirkliche, die wahre Komm. Partei in Deutschland sei, während die Komintern die Anarchistisch-blanquistische Erbin der Gruppe Schapper-Willich von 1848–49 ist, die bekanntlich mit aller Schärfe gegen Marx im Kommunusbund auftrat.

Und welchen Weg zeigt die Gruppe Walcher-Fröhlich praktisch den revolutionären Arbeitern in Deutschland? Sie hat die SAP um die Losung der „Arbeiterregierung“ bereichert, sie versucht noch einmal revolutionäre Arbeiter in Deutschland jenen Weg zu treiben, der bereits 1923 zum unvermeidlichen Bankrott geführt hat. Sie führt in der SAP einen prinzipienlosen Cliquenkampf um die Stellen im Apparat, sie gibt rücksichtslos die wirklich linken Elemente preis, auf die sie sich stützte, als sie noch illegal die SAP bearbeitete, sie kennt nur ein Prinzip, das sie konsequent vertritt: den Kampf gegen alle versöhnlichen Stimmungen in der SAP gegenüber der KPD.

Nein, diese Gruppe ist kein progressiver Faktor in der SAP, kein progressiver Faktor in der Arbeiterbewegung. Sie hat aus ihrer eigenen Erfahrung nichts gelernt, sie hat dagegen alles Revolutionäre vergessen, das sie einst mit der Leninschen Komintern verband. Zwischen der deutschen Linken, die um ihre Partei, um die KPD, kämpft, und dieser Gruppe kann es nichts an deres geben als offener, schärfster Kampf.

Wenn Gen. Trotzki in diesem Kampf sich schützend vor diese Fraktion stellt, wenn er sich Illusionen über ihre Entwicklungsmöglichkeiten hingibt, wenn er Lippenbekenntnisse gegen Stalin höher wertet, als Taten auf dem Leninschen Weg — nun, so können wir diese Irrtümer nur bedauern, aber nicht teilen.

Das Progressive in der SAP, das wirklich „Le-

bendige“ in dieser zentristischen Partei, die eine Kreuzung zentristischer Strömungen, die aus der SPD hervorgegangen sind, mit opportunistischen, die sich vom Kommunismus loslösten, darstellt — das sind die vielen tausende revolutionäre Arbeiter, vor allem in der Jugend. Hier ist Begeisterung, Opfermut, revolutionärer Elan. Das sind keine skeptischen Parlamentarier, keine ausgekochten Fraktionspolitiker und Apparatstrategen — das gehört zum Besten, was das junge proletarische Deutschland der Nachkriegszeit hervorgebracht hat.

Dieser revolutionäre, vorwärtsdrängende Generation versperrt die zentristische Bürokratie der KPD den Weg zur Partei. Viele von diesen Genossen, die bereits ideologisch den Weg des Kommunismus gehen, ertragen es mit Bitterkeit, daß sie außerhalb der KPD stehen müssen, weil es ihnen unmöglich ist, zu dem politischen, gewerkschaftlichen und innerparteilichen Kurs der KPD-Bürokratie zu schweigen. Diese Genossen — das unterliegt keinem Zweifel — werden einen der besten Teile der erneuerten KPD bilden, wenn es uns gelingt, zu verhindern, daß sie von der opportunistischen Gruppe Walcher-Fröhlich zersetzt werden. Wenn sich diese Genossen innerhalb der SAP zu einer wirklich kommunistischen Fraktion zusammenschließen, wenn sie zu einer völlig ausgereiften komm. Gruppierung in der SAP werden, so werden sie gemeinsam mit dem linken Flügel der KPD den Kampf führen für die kommunistische Partei Deutschlands, die alle wirklichen Kommunisten umfassen und alle Opportunisten abstoßen wird. Wir fürchten, daß unter den letzteren auch die Gruppe Walcher-Fröhlich sein wird.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadl 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:
Die Herbstoffensive des Faschismus.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Maharut“ sind eingeladen.

Donawitz

Steyr und Donawitz sind die großen Stationen auf dem Leidensweg der österreichischen Arbeiterklasse, den sie die Sozialdemokratie geführt hat. Kein Geld zur Bezahlung der Angestellten, kein Geld für die hungernden Kinder, kein Geld für die dürftigsten sozialen Ausgaben. Die Alpine hat ihre Betriebe gesperrt. Die Fürsorgeabgabe ist versiegt, die Gemeindekassen sind leer. Die Bundesanteile der Gemeinde Donawitz an den Bundessteuern, Beiträge, die immerhin eine nette Summe ausmachen, sind von den großen sozialdemokratisch verwalteten Schwestergemeinden geplündert. Aerger könnte auch Shylock nicht handeln. Die „sozialistische“ verwaltete Schwester Wien hat bedenkenlos der von Einnahmen völlig entblöhten Industriegemeinde Donawitz die letzte Einnahmequelle durch Pfändung entzogen. Denn höher als der Hunger der Kinder von Donawitz stehen den Herren Seitz und Breiter, Danneberg und Tandler die Tribute für eine verzinste Anleihe der Gemeinde Wien an Donawitz. Ebenso wie der Mörder sein Opfer „pietätvoll“ vom Blut reinigt, um die Spuren seiner Tat zu verwischen, organisieren die Shy'-lks im Wiener Rathaus Hilfsaktionen für die Hungernden in Donawitz. Weshalb soll ich päpstlicher sein als der Papst Seitz, denkt Bundeskanzler Dollfuß, und hat wenig Zeit und Verständnis für die Hungersnot in Donawitz. Zu was auch der Not in Donawitz abhelfen, sagt sich die Regierung, wenn unser Regieren darin gipfelt, der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse zu helfen? Und so bleiben die Hungernden von Donawitz ihrem Schicksal überlassen, vorausgesetzt, daß sie es nicht selbst ändern!

Revolutionäre Theorie und die Massen!

„Daß die gegenwärtige Apathie nicht auf theoretischem Wege überwunden werden kann“ — schrieb Lassalle im Jahre 1854, in der Epoche der grausamsten Weltreaktion, an Marx — „darin hast Du recht. Ich generalisiere diesen Satz sogar darin: niemals ist die Apathie auf rein theoretischem Wege überwunden worden, respektive theoretische Ueberwindung einer solchen Apathie hat Schüler und Sekten oder verunglückte praktische Bewegungen, noch niemals aber weder eine reale Weltbewegung, noch auch eine allgemeine Bewegung der Masse erzeugt. Die Massen werden nicht nur praktisch, sondern auch geistig nur durch die Siedehitze der tatsächlichen Ereignisse zu Fluß und Bewegung hingerissen.“

„Der Opportunismus versteht dies nicht!“.... Der Opportunismus kann nicht warten. Und gerade darum kommen große Ereignisse für ihn immer unerwartet. Sie überraschen ihn, bringen ihn aus dem Konzept wirbeln ihn herum wie einen Span in Wasserstrudel, tragen ihn vorwärts, ihn mit dem Kopf bald an das eine, bald an das andere Ufer schlagend... Er versucht Widerstand zu leisten, doch umsonst. Dann ergibt er sich in sein Schicksal, stellt sich zufrieden, winkt mit der Hand, um zu zeigen, daß er schwimmt — und schreit, lauter als alle anderen.... Ist der Sturm dann vorüber, so kriecht er ans Ufer, schüttelt sich, klagt über Kopfschmerzen und Reußen in den Gliedern, und, in einem Zustand qualvoller Rausches, spart er nicht mit den harten Worten gegen die revolutionären „Phantasten“.... Aus Leo Trotzki: „Die russische Revolution 1905.“